

II-4213 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT UND SOZIALES

Zl. 40.271/59-1/91

1010 Wien, den 18. Dezember 1991
Stubenring 1
Telefon (0222) 711 00
Telex 111145 oder 111780
Telefax 7137995 oder 7139311
DVR: 0017001
P.S.K.Kto.Nr. 05070.004
Auskunft

Klappe

Durchwahl

1743 IAB
1991-12-18
zu 1803 1J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten DSA Srb und FreundInnen
vom 30.10.1991, Nr. 1803/J, betreffend die geplante
Schaffung einer sogenannten Pflegevorsorge für hilfs- und
pflegebedürftige behinderte und ältere Menschen - 5. Folge

In der Anfrage beziehen sich die Abgeordneten auf die von den
behinderten Menschen und deren Organisationen seit vielen Jahren
gestellte Forderung nach einer ausreichenden und bedürfnis-
orientierten Absicherung der Hilfe und Pflege (persönliche
Assistenz), um den Betroffenen die Möglichkeit zu geben, ein
weitestgehend selbständiges Leben führen zu können.

Frage 1:

In Ihrem Ministerium wird dem Vernehmen nach derzeit an einer
Erhebung gearbeitet, bei der Stichproben bei Hilflosenzuschuß-
empfängern durchgeführt werden. Dabei soll der voraussichtliche
finanzielle Aufwand für ein Pflegegeld erhoben werden. Nach
welchen Kriterien wird diese Erhebung durchgeführt?

Antwort:

Diese Erhebung wird gemäß den in § 3 des Entwurfes des Bundes-
pflegegeldgesetzes definierten Kriterien durchgeführt.

- 2 -

Frage 2 :

Von wem wurden diese Kriterien erarbeitet (z.B. Ärzte, Juristen)?

Antwort:

Die Kriterien wurden von einer Untergruppe der Expertengruppe zur Neuordnung der Pflegevorsorge erarbeitet, in der u.a. Behindertenvertreter, Ärzte und Juristen vertreten waren.

Frage 3

Wurden mit der Ausarbeitung der Kriterien auch Menschen befaßt, die im sogenannten Pflegebereich tätig sind?

Wenn nein, warum nicht?

Antwort:

An der Ausarbeitung der Kriterien waren keine im Pflegebereich tätige Personen beteiligt. Es war aber bereits damals schon beabsichtigt, bei der Erstellung der Verordnung betreffend die näheren Kriterien für die Zuordnung zu den einzelnen Pflegestufen auch Personen, die im Pflegebereich tätig sind, beizuziehen.

Frage 4:

Wurden für die Ausarbeitung auch behinderte Menschen in ihrer Eigenschaft als "Experten in eigener Sache" beigezogen?

Wenn nein, warum nicht?

- 3 -

Antwort:

Ja.

Frage 5:

Wer führt die konkreten Erhebungsarbeiten durch bzw. welche Berufsgruppen sind damit befaßt?

Antwort:

Die konkreten Erhebungsarbeiten werden von den Ärzten von vier Sozialversicherungsträgern durchgeführt.

Frage 6:

Wie lauten die konkreten Fragen an die Betroffenen?

Antwort:

Die Fragen ergeben sich aus den im Entwurf des Bundespflegegeldgesetzes niedergelegten Einstufungskriterien.

Frage 7 und Frage 8:

Wie lauten die bisherigen Ergebnisse der Erhebung?

Welche Schlußfolgerungen lassen sich bereits jetzt davon ableiten?

Antwort:

Nach den bisherigen Erhebungen, die noch nicht abgeschlossen sind, ist zur Realisierung des Bundespflegegeldgesetzes mit einem Mehrbedarf von 8-9 Mrd. Schilling zu rechnen.

- 4 -

Frage 9:

Bis wann soll die Erhebung beendet sein?

Antwort:

Die Ergebnisse der Erhebung werden Ende Jänner 1992 vorliegen.

Frage 10:

Sind Sie bereit, die Ergebnisse der Stichprobenerhebung den Mitgliedern der Arbeitsgruppe "Vorsorge für pflegebedürftige Personen" auf Anforderung zur Verfügung zu stellen?

Wenn nein, welches sind die Gründe dafür?

Antwort:

Ja.

Der Bundesminister:

